



Dringlichkeitsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Investition in die Zukunft: Neue Studienplätze in Schleswig-Holstein schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die „Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020 (zweite Programmphase)“, kurz „Hochschulpakt II“, in vollem Umfang in Schleswig-Holstein zu erfüllen und dabei keine Studienplatzkontingente an andere Bundesländer abzugeben.

Begründung:

Der Landtag erkennt, dass die im Rahmen des Hochschulpaktes II für Schleswig-Holstein vorgesehene Schaffung von 9687 zusätzlichen Plätzen für StudienanfängerInnen bis 2018 von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes ist.

Hochschulpolitisch hätte die Abgabe von Teilen dieser Studienplätze eine verheerende Signalwirkung mit ernsthaften negativen Folgen für den Wissenschafts- und Hochschulstandort Schleswig-Holstein.

Daher müssen die neuen Studienplätze vollumfänglich an den Hochschulen in Schleswig-Holstein entstehen.

Rasmus Andresen
und Fraktion